

Streik getreten waren. Diese Praxis des Monopolkapitals macht laut DGB-Wochenzeitung „Welt der Arbeit“ „jeden Streik zu einem unkalkulierten finanziellen Risiko. Von der häufig beschworenen Waffengleichheit kann also keine Rede sein.“

Aber auch die nackte Gewalt gehört zum Vorgehen der Monopolbourgeoisie: So haben Unternehmer im vergangenen Jahr in der BRD und in Großbritannien zahlreiche Anschläge auf Streikposten verüben lassen. Sie führten in vielen Fällen zu schweren Verletzungen von Gewerkschaftern. So fuhren Unternehmer oder von ihnen bezahlte Provokateure mit Kraftfahrzeugen Streikposten um. In anderen Fällen gingen Streikbrecher mit gezogener Waffe gegen Streikposten vor.

In den USA werden die durch Staat und Monopole bereits verfügbaren Repressalien gegen die Gewerkschaften weiter verstärkt. Die bisherige gewerkschaftsfeindliche Gesetzgebung, die zum Beispiel Werbung für die Gewerkschaft unter Strafe stellt, erschwerte die Bildung kampfstarker Klassenorganisationen. So sind beispielsweise in den Südstaaten der USA nur 10 Prozent der Werktätigen in den Gewerkschaften organisiert. In Nord- und Südkarolina sind es sogar nur 5 Prozent.

Aber bereits das ist in dem Land, dessen Machthaber so oft von Freiheit und Demokratie reden, zuviel. Gewerkschaftlichen Aktivitäten stehen Staat und Monopole in einer Front gegenüber. So ist es mit Hilfe eines Urteils des Obersten Gerichts von 1982 den Unternehmen erlaubt, einen Bankrott vorzutauschen. Die für bankrott erklärten Betriebe werden in der Regel am selben oder an anderen Orten neu gegründet. Das „neugegründete“ Unternehmen bleibt dann gewerkschaftsfrei, die Unternehmensführung kann die Ausbeutungsbedingungen willkürlich diktieren. Dem Generalangriff der Monopole auf die sozialen Errungen-

schaften der Werktätigen stehen auch die Reste bürgerlich-demokratischer Grundrechte im Wege. Deshalb flankiert der imperialistische Staat den Angriff der Monopole auf die Gewerkschaften und die Arbeiterrechte durch forcierten Einsatz des staatlichen Zwangs- und Unterdrückungsapparates.

So erarbeiten zum Beispiel im Auftrage staatlicher Stellen in den USA Anwalts- und Beraterfirmen Pläne zur Beseitigung von Gewerkschaften.

Eines dieser Union-Busting-Unternehmen, die „Littler, Mendelson, Fastiff and Tichy“, San Francisco, erhielt von der Reagan-Administration den Auftrag, Pläne für die Zerschlagung der Postgewerkschaft zu erarbeiten. Vom USA-Staatsapparat sind den Führern der drei größten US-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes jetzt auf Grund ihrer politischen Aktivitäten Repressalien angedroht worden. Sie hatten den Präsidentschaftskandidaten Walters. Mondale unterstützt.

Auch in der BRD wird mit Hilfe des Staates versucht, die Rechte der Gewerkschaften zu beschneiden. So wird beispielsweise

## Repressivapparat wird weiter ausgebaut

In der BRD soll das Demonstrationsrecht weiter eingeschränkt werden. Danach soll künftig jeder bestraft werden können, der der Aufforderung der Polizei, eine Demonstration zu verlassen, nicht nachkommt. Zur Entrechtung der Arbeiterklasse wird vom Staat im Auftrag der Monopole der Repressivapparat mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung weiter perfektioniert. In den Computern von Kontroll- und Spitzelorganen des Staates sind heute die unterschiedlichsten Daten von fast allen Bürgern gespeichert. Staat und Monopolen sind damit der schnelle Zugriff und die lückenlose Durchleuchtung aller BRD-Bürger kurzfristig möglich.

All diese Tatsachen belegen, daß

durch ein Urteil des Bundesarbeitsgerichtes vom 26. Januar 1982 unter anderem die gewerkschaftliche Tätigkeit in den Betrieben eingeschränkt. Durch mehrere Entscheide des gleichen Gerichtes werden die Unternehmen ermächtigt, ohne Zustimmung des Betriebsrates Mehrarbeit anzuordnen und bei bestimmten Arbeitszeitnormierungen kein Mitbestimmungsrecht zu gewähren.

Der Staat der Monopole schreckt auch nicht vor der direkten Gewaltanwendung gegen die um ihre Rechte kämpfenden Arbeiter zurück. So wurde der ständige Druck der britischen Regierung auf den Streik der britischen Bergleute durch massive Polizeiaktionen gegen die Streikenden begleitet. 6000 Bergleute wurden verhaftet und 2000 Bergleute von der Polizei verletzt. Zwei Bergleute kamen in Auseinandersetzungen mit der Polizei ums Leben. Dies sind nur die extremsten Auswüchse einer anti-gewerkschaftlichen Strategie, die mit den 1984 im britischen Parlament verabschiedeten Gesetzen die Gewerkschaften an die Kette legen will.<sup>1</sup>

die Monopolbourgeoisie und der imperialistische Staat mit ihrem Generalangriff auf die Errungenschaften der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften grundlegende soziale und politische Menschenrechte permanent verletzen. Jene, die den Begriff der Menschenrechte ständig im Munde führen, kennen nur einen Maßstab für die Rechte der Menschen — das ist der Unrechtsmaßstab der Profit- und Klasseninteressen einer reaktionären Minderheit, der Monopolbourgeoisie.

Olaf Stein

Institut  
für Internationale Politik und Wirtschaft  
der DDR

<sup>1</sup>) MEW, Bd. 23, Berlin 1982, S. 665